



## **Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU**

**Redaktionsschluss 31. Mai 2018**

*Liebe Leserinnen und Leser,*



Eines der wichtigsten Themen in Brüssel ist zurzeit der künftigen Mehrjährige Finanzrahmen der EU für 2021–2027 – kurz: MFR post 2020.

Die Europäische Kommission hat am 2. Mai 2018 das erste Paket im Rahmen der Vorschläge für den MFR post 2020 vorgelegt. Zwischen dem 29. Mai und dem 14. Juni folgte – Schlag auf Schlag - die Veröffentlichung der mit dem MFR verbundenen knapp 40 sektorspezifischen Vorschläge.

Über die im Mai veröffentlichten Vorschläge der Kommission informieren wir Sie in diesem Bericht. Es ist selbstverständlich unser Top-Thema; die Erläuterungen zu den sektoralen Vorschlägen finden Sie jedoch untern den jeweils betroffenen Themenbereichen – kurz und knapp -. Insgesamt haben die Vorschläge der Kommission zum MFR post 2020 jedoch einen Umfang von rund 1000 Seiten.

Viel Spaß beim Lesen.

*Ihr Team der Landesvertretung*

## Unsere Themen im Überblick

<b>Grußwort</b> .....	<b>1</b>
<b>I. TOP-Thema – MFR post 2020</b> .....	<b>4</b>
<b>II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –</b> .....	<b>6</b>
<b>1. Kohäsionspolitik</b> .....	<b>6</b>
<b>KOM: MFR post 2020 - Kohäsionspolitik</b> .....	<b>6</b>
<b>2. Brexit</b> .....	<b>8</b>
<b>Stand der Verhandlungen</b> .....	<b>8</b>
<b>3. Inneres</b> .....	<b>8</b>
<b>3.1. Schutz und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger der EU</b> .....	<b>8</b>
<b>3.2. KOM: Europäische Migrationsagenda</b> .....	<b>9</b>
<b>3.3. KOM: Visa-Informationssystem</b> .....	<b>9</b>
<b>3.4. Rat, KOM: Gipfeltreffen EU-westlicher Balkan</b> .....	<b>9</b>
<b>3.5. EP: Eindämmung illegaler Bargeldtransfers</b> .....	<b>10</b>
<b>3.6. Stärkung der EU-Agentur für IT-Systeme eu-LISA</b> .....	<b>10</b>
<b>3.7. Verwendung von Fluggastdaten</b> .....	<b>10</b>
<b>3.8. EU-Treuhandfonds für Afrika</b> .....	<b>11</b>
<b>4. Justiz und Verbraucherschutz</b> .....	<b>11</b>
<b>4.1. KOM: MFR post 2020 – Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus</b> .....	<b>11</b>
<b>4.2. KOM: MFR post 2020 - Bereich Justiz</b> .....	<b>12</b>
<b>4.3. Datenschutz-Grundverordnung</b> .....	<b>12</b>
<b>4.4. KOM: OLAF soll EUSTa flankieren</b> .....	<b>13</b>
<b>4.5. KOM: Justizbarometer 2018</b> .....	<b>13</b>
<b>4.6. KOM: Vorschriften für geistiges Eigentum bei Arzneimitteln</b> .....	<b>13</b>
<b>5. Finanzen</b> .....	<b>14</b>
<b>5.1. KOM: MFR post 2020 - Eigenmittel</b> .....	<b>14</b>
<b>5.2. KOM: MFR post 2020 - Wirtschafts- und Währungsunion</b> .....	<b>14</b>
<b>5.3. KOM: Frühjahrsprognose 2018</b> .....	<b>15</b>
<b>5.4. KOM: Entwicklungen im EU-Bankensektor</b> .....	<b>15</b>
<b>5.5. KOM: Konvergenzbericht 2018</b> .....	<b>16</b>
<b>5.6. KOM: Nachhaltiges Finanzwesen</b> .....	<b>16</b>
<b>5.7. KOM: Entwurf des Haushaltes 2019</b> .....	<b>16</b>
<b>5.8. KOM: Verbrauchsteuern auf Alkohol</b> .....	<b>16</b>
<b>6. Wirtschaft und Energie</b> .....	<b>17</b>
<b>6.1. KOM: MFR post 2020 - Globalisierungsfonds</b> .....	<b>17</b>
<b>6.2. KOM: Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft</b> .....	<b>17</b>
<b>6.3. Rat: Kreislaufwirtschaft - Abfallentsorgung</b> .....	<b>18</b>

6.4.	KOM: US-Handelsbeschränkungen für Stahl und Aluminium .....	18
7.	Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	18
7.1.	KOM: MFR post 2020 - Programm Kreatives Europa.....	18
7.2.	KOM: MFR post 2020 - Erasmus-Programmorschlag.....	19
7.3.	KOM: SPSG-Projekt erhält Kulturerbejahr-Förderung.....	19
7.4.	KOM: Winzerberg Potsdam - EU-Preis für das Kulturerbe.....	19
8.	Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	20
8.1.	KOM: MFR post 2020 - Bereich Soziales .....	20
8.2.	KOM: MFR post 2020 - Bereich Gesundheit .....	20
8.3.	KOM: Bericht über Kinderbetreuung für unter 3-Jährige .....	21
8.4.	KOM: Europäische Betriebsräte.....	21
8.5.	EP: Entsenderichtlinie .....	21
9.	Infrastruktur und Landesplanung .....	22
9.1.	EP: Regelung gegen Tacho-Betrug .....	22
9.2.	KOM: Drittes Mobilitätspaket .....	22
9.3.	KOM: DiscoverEU-Initiative - Mit InterRail durch Europa.....	22
10.	Verschiedenes.....	23
10.1.	KOM: Online-Konsultation zur Zukunft Europas .....	23
10.2.	KOM: Start der Kampagne #EUandME .....	23
10.3.	EP: Eurobarometer-Umfrage.....	23
10.4.	Wahlen zum EP vom 23. bis 26. Mai 2019.....	23
III.	Öffentliche Konsultationen.....	25
IV.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	26

## I. TOP-Thema – MFR post 2020

Die Kommission (KOM) hat am 2. Mai 2018 ihren Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 vorgelegt.

Der Vorschlag für eine EU mit 27 Mitgliedern muss die Lücke durch das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs (UK) schließen, die auf rund 15 Mrd. EUR pro Jahr beziffert wird. Außerdem müssen die neuen Herausforderungen Sicherheit, Verteidigung und Migration finanziert werden. Finanziert werden sollen Vorhaben und Projekte, die einen „Europäischen Mehrwert“ haben, bei denen gemeinsames Handeln mehr Wert gegenüber alleinigem nationalem Handeln schafft.

Das Paket besteht u. a. aus einer Mitteilung zum MFR, dem legislativen Vorschlag der MFR-Verordnung, einem Vorschlag zur Vereinbarung der Haushaltsdisziplin, auf der Einnahmeseite einem Vorschlag für einen neuen Eigenmittelbeschluss sowie einem Vorschlag für eine Durchführungsverordnung zum Eigenmittelbeschluss und einem Verordnungsvorschlag zur Durchführung der Rechtsstaatlichkeit.

Der Haushaltsvorschlag sieht eine Kombination aus Kürzung bisheriger Etatposten, Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten und neue Eigenmittel vor.

Das Gesamtvolumen für den Finanzrahmen soll 1.135 Mrd. EUR (Verpflichtungen/Preise von 2018) betragen, was 1,11% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 entspricht. Mittel für Zahlungen sollen bei 1.105 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018) liegen, das entspricht einem BNE von 1,08% der EU.

Der künftige MFR wurde im Sinne einer stärkeren Flexibilität ausgearbeitet und zählt sieben Haushaltsrubriken mit neuen Überschriften, die die politischen Prioritäten der KOM abbilden:

- (1) Binnenmarkt, Innovation und Digitales
- (2) Zusammenhalt und Werte
- (3) Natürliche Ressourcen und Umwelt
- (4) Migration und Grenzmanagement
- (5) Sicherheit und Verteidigung
- (6) Nachbarschaft und die Welt
- (7) Europäische Öffentliche Verwaltung

Zur Finanzierung sieht der Vorschlag eine Aufstockung der gegenwärtigen Mittelausstattung vor. Investitionen, die jetzt in Bereiche wie Forschung und Innovation, junge Menschen, digitale Wirtschaft, Grenzmanagement, Sicherheit und Verteidigung fließen, werden – so die KOM - künftig zu Wohlstand, Nachhaltigkeit und Sicherheit beitragen. Die Mittel für Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps werden z. B. verdoppelt.

Zugleich schlägt die KOM vor, die Finanzmittel für die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik (um ca. 5 % bzw. ca. 7 %) zu kürzen, um den neuen Gegebenheiten in einer EU der 27 Rechnung zu tragen. In diesen Politikfeldern soll es Modernisierungen geben, damit sich mit geringerem Ressourceneinsatz immer noch gute Ergebnisse erzielen und sogar neue Prioritäten verwirklichen lassen.

Neben den bisherigen Eigenmitteln der EU werden drei weitere neue Einnahmequellen vorgeschlagen; und zwar aus dem Emissionshandelssystem ETS, schrittweise aus der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsbemessungsgrundlage und ein nationaler Beitrag nach Maßgabe der nicht recycelten Verpackungsabfälle aus Kunststoff.

Die KOM schlägt auch einen weiteren Abbau von Bürokratie für die Begünstigten und die Verwaltungsbehörden vor. Hierfür sollen die Vorschriften auf der Grundlage eines einheitlichen Regelwerks kohärenter gestaltet werden. Zudem ist vorgesehen, klarere Ziele festzulegen und sich stärker auf die Ergebnisse zu konzentrieren.

Daneben sollen die Strukturen des neuen Haushaltsplanes klarer und stärker an den Prioritäten der EU ausgerichtet sein. Die Mittel sind gegenwärtig sowohl innerhalb als auch außerhalb des Haushalts auf sehr viele Programme und Instrumente verteilt. Bei den Programmen schlägt die KOM daher weitreichende Vereinfachungen vor. Die Anzahl der Programme soll von 58 auf 37 reduziert werden. Eine größere Rolle sollen in Zukunft Finanzinstrumente spielen.

Zudem sieht der Vorschlag der KOM mehr Flexibilität innerhalb der Programme und zwischen den Programmen vor, um Herausforderungen wie etwa die Migrations- und Flüchtlingskrise rasch und wirksam bewältigen zu können. Es ist geplant, die Instrumente zur Krisenbewältigung auszubauen und eine neue „Unionsreserve“ einzuführen, um auf unvorhergesehene Ereignisse und Nofälle, etwa in den Bereichen Sicherheit und Migration, reagieren zu können.

Eine wichtige Neuerung der vorgeschlagenen Haushaltsplanung besteht darin, Finanzierungen durch die EU stärker an die Rechtsstaatlichkeit zu koppeln.

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreiches und dem Ende des sog. Britenrabattes sollen auch die Rabatte anderer Mitgliedstaaten enden. Als Kompromiss schlägt die KOM ein „weiches Auslaufen“ über einen Zeitraum von fünf Jahren vor. Ein Fortbestehen der Rabatte bedeute zusätzliche Kosten in Höhe von 10 Mrd. Euro für alle Mitgliedstaaten.

Die Laufzeit des MFR post 2020 beträgt wie bislang sieben Jahre.

### Zeitplan der Beratungen

Nunmehr liegt die Entscheidung über die langfristige EU-Haushaltsplanung beim Rat, der mit der Zustimmung des EP einen einstimmigen Beschluss fassen muss. Ziel der KOM ist es, auf eine Einigung noch vor den Wahlen zum EP Ende Mai 2019 nach Möglichkeit bis März



2019 hinzuwirken. Dabei wird die KOM vom EP unterstützt. Die Position der Mitgliedstaaten im Rat wird sich erst beim Gipfeltreffen Ende Juni herausstellen.

Die Vorschläge der KOM bedürfen der Einstimmigkeit im Rat nach Zustimmung des EP. Der sog. Eigenmittelbeschluss benötigt ebenfalls die Zustimmung aller Mitgliedstaaten nach Anhörung des EP und muss anschließend von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die Vorschläge für die einzelnen sektorspezifischen Vorschriften werden im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren beschlossen.

Das EP begrüßte die Vorschläge der KOM vom 2. Mai 2018 grundsätzlich und antwortete darauf am 30. Mai 2018 mit einer neuen EntschlieÙung.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180502-eu-budget\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180502-eu-budget_de)

[https://ec.europa.eu/commission/publications/factsheets-long-term-budget-proposals\\_de](https://ec.europa.eu/commission/publications/factsheets-long-term-budget-proposals_de)

[https://ec.europa.eu/commission/future-europe/eu-budget-future\\_de](https://ec.europa.eu/commission/future-europe/eu-budget-future_de)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0226+0+DOC+PDF+V0//DE>

## **II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –**

### **1. Kohäsionspolitik**

#### **KOM: MFR post 2020 - Kohäsionspolitik**

Die KOM hat am 29. Mai 2018 die Verordnungsvorschläge für die Kohäsionspolitik post 2020 vorgelegt. Die Vorschläge umfassen eine allgemeine Dach-Verordnung sowie weitere spezifische Verordnungen. In der neuen Förderperiode sollen sieben Fonds unter einem Dach vereint werden: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), der Kohäsionsfonds, der Europäische Sozialfonds + (ESF+), der Europäische Meeres- und Fischereifonds, der Fonds für Asyl und Migration, der Fonds für die Interne Sicherheit und Grenzmanagement und das Visa-Instrument. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) fällt dagegen nicht mehr unter diese gemeinsamen Regelungen. Nach dem Vorschlag der KOM soll die Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik (EFRE, ESF+, Kohäsionsfonds) insg. rund 330 Mrd. EUR betragen. Dies würde für Deutschland eine finanzielle Zuteilung in Höhe von 15,688 Mrd. EUR (Preise von 2018) bedeuten. Bei der Mittelverteilung zwischen den 27 Mitgliedstaaten (EU27) ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro-Kopf weiterhin das wichtigste Kriterium

geblieben. Daneben sollen jedoch die Jugendarbeitslosigkeit, Bildungsstand, Klimawandel und die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen berücksichtigt werden.

Die KOM schlägt wieder drei verschiedene Förderkategorien vor. Weniger entwickelte Regionen (<75% des durchschnittlichen EU-BIP pro Kopf), Übergangsregionen (75–100% des durchschnittlichen EU-BIP pro Kopf) und weiter entwickelte Regionen (>100% des durchschnittlichen EU-BIPs pro Kopf). Brandenburg bleibt danach weiterhin eine sog. Übergangsregion. Die EU-Kofinanzierungsraten für EFRE und ESF sollen sich auf 70% für weniger entwickelte Regionen und solche in äußerster Randlage; 55% für Übergangsregionen (wie Brandenburg) und 40% für weiter entwickelte Regionen belaufen. Für den Kohäsionsfonds sowie für die INTERREG-Programme gilt eine maximale EU-Kofinanzierungsrate von 70%.

Die künftigen Operationelle Programme zur Umsetzung der finanziellen Mittelaufteilung werden wieder auf einer thematischen Konzentration basieren; diese soll zukünftig nur noch auf nationaler Ebene erfolgen (nicht mehr auf der regionalen). Post 2020 sollen nur noch fünf Politikziele umgesetzt werden:

1. ein intelligenteres Europa durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung von KMU;
2. ein grüneres, CO<sub>2</sub>-freies Europa durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung von KMU;
3. ein stärker vernetztes Europa mit strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen;
4. ein sozialeres Europa, das die europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Qualifizierung, soziale Inklusion und den gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung fördert sowie
5. ein bürgernahes Europa durch Unterstützung lokaler Entwicklungsstrategien und einer nachhaltigen Stadtentwicklung in der gesamten EU.

Den Forderungen nach einer Vereinfachung der Umsetzung der Programme wird u. a. dadurch Rechnung getragen, dass Prüfverfahren reduziert werden. Die Mitgliedstaaten können post 2020 das vorhandene Verwaltungs- und Kontrollsystem ohne erneute Benennungsprüfung fortführen. Programme, die über gut funktionierende Verwaltungs- und Kontrollsysteme und eine niedrige Fehlerquote verfügen, können sich stärker auf nationale Kontrollsysteme beziehen. Darüber hinaus sollen unter bestimmten Voraussetzungen Vorhaben nur noch einmal geprüft werden.

Daneben schlägt die KOM eine höhere Flexibilität vor. Die Finanzmittel zu Beginn der Förderperiode nur noch für die Jahre 2021–2024 zugeteilt werden. Die restlichen Mittel sollen erst nach einer Halbzeitbewertung in 2024 bzw. nach einer notwendigen Anpassung der Programme in 2025 zugewiesen werden. Darüber hinaus schlägt die KOM vor, dass bis zu 5% der Finanzmittel zwischen den Prioritäten des Programms ohne eine formale Genehmigung der KOM übertragen werden können.



Ferner soll in der nächsten Förderperiode die Bindung der Kohäsionspolitik an die wirtschaftspolitische Steuerung der EU sowie an das Europäische Semester verstärkt werden. Die neuen Verordnungsvorschläge nehmen Bezug auf besondere Themenstellungen. So sollen u. a. 6% der EFRE-Mittel für die nachhaltige Stadtentwicklung auf nationaler Ebene vorgehalten werden. Darüber hinaus soll eine Europäische Stadtinitiative aufgelegt werden, mit der ein neues Instrument u. a. für die Zusammenarbeit von Städten und Innovationen geschaffen wird.

Schließlich soll die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit dadurch gestärkt werden, dass künftig die Regionen neben den INTERREG-Mitteln auch ihre EFRE- und ESF-Mittel verwenden können, um mit anderen Regionen Projekte in ganz Europa zu finanzieren. Als neuer Bestandteil der INTERREG-Förderung werden so genannte interregionale Innovationsinvestitionen vorgeschlagen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3885\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3885_de.htm)

## **2. Brexit**

### **Stand der Verhandlungen**

In einer weiteren Verhandlungsrunde vom 22.-24.05.2018 in Brüssel über das Austrittsabkommen sind zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) erneut keine relevanten Fortschritte erzielt worden; v. a. nicht in der Frage, wie eine Grenze zwischen dem Irland und Nordirland vermieden werden könne. Die EU27 haben vorgeschlagen, dass UK die vollständige Angleichung an die Vorschriften der EU zum Binnenmarkt und der Zollunion für Nordirland beibehält, was UK jedoch ablehnt. Ein Fortschritt in dieser Frage muss laut der Kommission bis zum Europäischen Rat Ende Juni erzielt werden. Spätestens im Oktober 2018 soll die Verhandlungsphase für das Austrittsabkommen enden.

## **3. Inneres**

### **3.1. Schutz und Hilfe für Bürgerinnen und Bürger der EU**

Für Bürgerinnen und Bürger der EU gilt ab dem 01. Mai 2018 ein besserer konsularischer Schutz, wenn sie sich außerhalb der EU aufhalten und ihr Herkunftsmitgliedstaat in dem Nicht-EU-Land nicht vertreten ist. Im Bedarfsfall kann die Botschaft oder das Konsulat eines anderen EU-Mitgliedstaates um Hilfe gebeten werden. Dies gilt nicht nur bei Krisen oder Naturkatastrophen, sondern auch bei Todesfällen, schweren Unfällen oder Krankheiten, freizeitsentziehenden Maßnahmen (z. B. Festnahme), Opferwerdung von Straftaten, Rückkehr im Notfall oder dem Verlust von Reisedokumenten.

[https://ec.europa.eu/commission/news/eu-citizens-protection-and-assistance-2018-apr-30\\_de](https://ec.europa.eu/commission/news/eu-citizens-protection-and-assistance-2018-apr-30_de)

### **3.2. KOM: Europäische Migrationsagenda**

Die KOM legte am 16. Mai 2018 den Fortschrittsbericht über die Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda vor. Danach ist die Lage nach wie vor instabil. Das Migrationsaufkommen auf der zentralen Mittelmeerroute hat sich reduziert; auf der westlichen Mittelmeerroute bzw. aus Richtung Türkei wurden jedoch erhöhte Migrantebewegungen festgestellt.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3743\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3743_de.htm)

### **3.3. KOM: Visa-Informationssystem**

Am 16. Mai 2018 hat die KOM vorgeschlagen, das Visa-Informationssystem (VIS) – die Datenbank mit Informationen über Personen, die Schengen-Visa beantragen – zu modernisieren. Ziel ist es, den Herausforderungen der Sicherheit und der Migration besser gerecht zu werden. Die im VIS gespeicherten Visumanträge sollen über ein einziges Suchportal automatisch mit allen anderen EU-Informationssystemen für Sicherheit und Migration abgeglichen werden. Dies betrifft das neu eingeführte Einreise-/Ausreisensystem, das Schengener Informationssystem und das Europäische Strafregisterinformationssystem. Ferner sollen in das System Informationen über Visa für längerfristige Aufenthalte und Aufenthaltstitel sowie Kopien der Reisedokumente eingepflegt werden. Die Strafverfolgungsbehörden und Europol sollen Zugriff auf das VIS erhalten.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3741\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3741_de.htm)

### **3.4. Rat, KOM: Gipfeltreffen EU-westlicher Balkan**

Am 17. Mai 2018 fand ein Gipfeltreffen von Führungsspitzen der EU mit den Partnern des westlichen Balkans in Sofia statt. Die EU und der westliche Balkan haben sich (neben wirtschaftlichen und Infrastrukturfragen sowie den Themen Jugend und Bildung) auf eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und des gewaltbereiten Extremismus, Deradikalisierung sowie Vorgehen gegen schwere und organisierte Kriminalität geeinigt. Ferner sollen die Zusammenarbeit auf polizeilicher und justizieller Ebene und in den Bereichen Migration und Grenzmanagement intensiviert werden. Europol und CEPOL werden enger mit dem westlichen Balkan zusammenarbeiten, um interne und externe Maßnahmen gegen alle Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität besser zu verknüpfen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2018/05/17/>

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180517-Sofia-Westbalkan\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180517-Sofia-Westbalkan_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3821\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3821_de.htm)

### **3.5. EP: Eindämmung illegaler Bargeldtransfers**

Am 23. Mai 2018 einigten sich die Mitgliedstaaten und das EP auf Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Bargeldtransfers in die und aus der EU, um terroristische und kriminelle Aktivitäten zu erschweren. Schärfere Barmittelkontrollen sollen Personen identifizieren, die bei der Ein- und Ausreise in die bzw. aus der EU 10.000 EUR oder mehr in bar mit sich führen. Bei Beträgen unterhalb der Anmeldeschwelle von 10.000 EUR können die Behörden bei Verdacht von kriminellen Handlungen tätig werden. Ferner soll der Informationsaustausch zwischen Zoll- und den für die Bekämpfung von Geldwäsche zuständigen Behörden sowie den Mitgliedstaaten verbessert werden. Die vorläufige Einigung muss jetzt noch förmlich vom EP und vom Rat der EU gebilligt werden

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3867\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3867_de.htm)

### **3.6. Stärkung der EU-Agentur für IT-Systeme eu-LISA**

Der bulgarische Ratsvorsitz und das EP einigten sich am 24. Mai 2018 auf einen Entwurf über eine Verordnung zur Stärkung der EU-Agenturen für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes (eu-LISA). Damit wird die Vernetzung gemäß dem Interoperabilitätsvorhaben für die EU-Ebene etablierten bzw. aufzubauenden Datensysteme (z. B. Schengener Informationssystem, Reiseinformations- und -genehmigungssystem ETIAS etc.) unterstützt. Der Europäische Rat und das EP müssen der informellen Einigung noch förmlich zustimmen.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/05/24/eu-lisa-agreement-between-the-council-presidency-and-the-european-parliament/pdf>

### **3.7. Verwendung von Fluggastdaten**

Am 25. Mai 2018 ist die EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze in Kraft getreten. Die Daten, die durch die Luftfahrtunternehmen erhoben werden, sollen zur Verhütung, Aufdeckung, Aufklärung und strafrechtlichen Verfolgung von terroristischen und schweren Straftaten verwendet werden – bei angemessenem Schutz von Privatsphäre und personenbezogenen Daten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180525-sicherheitsunion-neue-vorschriften-verwendung-fluggastdaten-treten-kraft\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180525-sicherheitsunion-neue-vorschriften-verwendung-fluggastdaten-treten-kraft_de)

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Meldungen/2017/02/2017-02-15-fluggastdaten.html>

### **3.8. EU-Treuhandfonds für Afrika**

Die EU hat am 29. Mai 2018 neue Programme und Projekte im Gesamtbetrag von 467 Mio. EUR im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika verabschiedet. Damit sollen der Schutz der Flüchtlinge entlang der Migrationsrouten verbessert und in freiwillige Rückkehr, Wiedereingliederung sowie Neuansiedlung investiert werden. Ferner sollen in Projekte zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gefördert werden, um so Migrationsursachen zu bekämpfen. Der Nothilfe-Treuhandfonds wurde 2015 eingerichtet und ist derzeit mit 3,4 Mrd. EUR ausgestattet. Finanziert werden 147 Programme in drei Regionen (Nordafrika, Sahelzone/Tschadseeregion sowie Horn von Afrika).

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180530-sahel-und-tschadregion\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180530-sahel-und-tschadregion_de)

## **4. Justiz und Verbraucherschutz**

### **4.1. KOM: MFR post 2020 – Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus**

Am 2. Mai 2018 hat die KOM im Rahmen ihrer Vorschläge für den neuen EU-Haushalt auch einen Vorschlag für eine Verordnung „über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten“ vorgelegt. Die KOM will die Finanzierungen durch die EU stärker an die Rechtsstaatlichkeit koppeln. Dieser neue Mechanismus soll unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit, also abhängig von Art und Schwere der Rechtsstaatlichkeitsmängel, die Möglichkeit geben, den Zugang zu EU-Mitteln auszusetzen, zu verringern oder zu beschränken. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und eine wirksame EU-Finanzierung. Der neue Mechanismus soll den EU-Haushalt vor finanziellen Risiken schützen, die auf generelle Rechtsstaatlichkeitsdefizite in den Mitgliedstaaten zurückgehen.

Konkret greifen könnte dieser neue Mechanismus z. B., wenn in einem Mitgliedstaat die richterliche Überprüfung durch unabhängige Gerichte oder die effektive und die fristgerechte Zusammenarbeit mit OLAF oder der Europäischen Staatsanwaltschaft gefährdet ist.

Der Mechanismus müsste jeweils seitens der KOM initiiert werden, wenn diese der Auffassung ist, dass Rechtsstaatlichkeitsdefizite eines Mitgliedstaats die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung bedrohen. Der betroffene Mitgliedstaat hätte dann mindestens einen Monat Zeit zur Stellungnahme bezüglich des Vorwurfs. In einem nächsten Schritt würde die KOM entscheiden, ob und welche Schutzmaßnahmen ergriffen werden (z. B. Aussetzung von Zahlungen). Der Rat muss der Entscheidung der Kommission mit umgekehrter qualifizierter Mehrheit zustimmen. Die Schutzmaßnahmen würden solange in Kraft bleiben, bis die Defizite abgestellt werden.

Diese Maßnahmen würden jedoch nicht die einzelnen Begünstigten der EU-Finanzierungen beeinträchtigen, da sie im Sinne eines insgesamt gut funktionierenden Rechtsstaatsprinzips nicht verantwortlich gemacht werden können. Die Mitgliedstaaten wären weiterhin verpflichtet, die betroffenen Programme umzusetzen und Zahlungen an die Begünstigten zu leisten. Offen bleibt, mit welchen Mitteln der betroffene Mitgliedstaat die letzteren Verpflichtungen erfüllen soll.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52018PC0324&from=EN>

#### **4.2. KOM: MFR post 2020 - Bereich Justiz**

Die KOM hat am 30. Mai 2018 für den MFR post 2020 als Teile eines neuen „Fonds für Justiz, Rechte und Werte“ zwei Verordnungsvorschläge vorgelegt. Der Fonds beinhaltet neben dem Programm „Justiz“ ein Programm „Rechte und Werte“. Der neue Fonds soll mit Mitteln i. H. v. 947 Mio. EUR (zu Preisen von 2018) ausgestattet sein; davon für das Programm „Justiz“ 305 Mio. EUR (2020 - 2027). Das Programm „Justiz“ soll wie bisher einen Beitrag zur Weiterentwicklung eines europäischen Rechtsraums leisten, der auf Rechtsstaatlichkeit, gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigem Vertrauen beruht. Die spezifischen Programmziele sind: Erleichterung und Unterstützung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen sowie Förderung der Rechtsstaatlichkeit, u. a. durch Unterstützung der Anstrengungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der nationalen Justizsysteme und der Vollstreckung von Entscheidungen; Unterstützung und Förderung der justiziellen Aus- und Weiterbildung mit Blick auf die Herausbildung einer gemeinsamen Kultur des Rechts, der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit; Erleichterung des Zugangs zur Justiz für alle und des wirksamen Rechtsschutzes, auch auf elektronischem Wege, durch Förderung wirksamer Zivil- und Strafverfahren und durch Stärkung und Unterstützung der Rechte der Opfer von Straftaten sowie der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Beschuldigten in Strafverfahren. Die KOM will mit den Finanzierungsprogrammen dazu beitragen, die Werte der EU und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit zu stärken und eine tragfähige Basis für eine offene, demokratische, inklusive und kreative Gesellschaft zu sichern.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3923\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3923_de.htm)

[https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-justice-programme-regulation\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-justice-programme-regulation_de.pdf)

#### **4.3. Datenschutz-Grundverordnung**

Seit dem 25. Mai 2018 gilt in der EU die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Durch die Reform sollen die Bürgerinnen und Bürger mehr Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten erhalten, deren Schutz in der EU zu den Grundrechten gehört. Unternehmen

und Institutionen müssen jetzt genau angeben, für welchen Zweck sie welche Daten von den Nutzerinnen und Nutzern ihrer Dienste haben wollen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180524-datenschutz-grundverordnung-gilt-ab-morgen-fragen-und-antworten\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180524-datenschutz-grundverordnung-gilt-ab-morgen-fragen-und-antworten_de)

[https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection_de)

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180522IPR04042/new-eu-data-protection-rules-take-effect-on-friday>

#### **4.4. KOM: OLAF soll EUStA flankieren**

Die KOM hat am 23. Mai 2018 einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) unterbreitet. OLAF soll so aufgestellt werden, dass es eng mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA) bei der Aufdeckung und Untersuchung von Betrugsdelikten in der gesamten EU zusammenarbeiten kann. Dabei geht es vor allem um die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort, um den Zugang von OLAF zu Bankkontoinformationen und um die Mittel von OLAF für die Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3862\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3862_de.htm)

#### **4.5. KOM: Justizbarometer 2018**

Am 28. Mai 2018 wurde das jährliche EU-Justizbarometer, das die nationalen Justizsysteme in der EU bewertet und vergleicht, vorgestellt. Dabei geht es um die Fragen, wie unabhängig die Justizsysteme sind, wie lange Gerichtsverfahren dauern und wie der Ruf der Justiz bei den Menschen in der EU ist. Deutschland schneidet bei den meisten Indikatoren gut ab. Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist der Abschnitt über die Unabhängigkeit der Justiz, weil sie für die Beurteilung der Rechtsstaatlichkeit maßgeblich ist. Zudem enthält das Justizbarometer erstmals Daten über die Länge der Gerichtsverfahren in allen Instanzen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-justizsysteme\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-justizsysteme_de)

#### **4.6. KOM: Vorschriften für geistiges Eigentum bei Arzneimitteln**

Die KOM hat am 28. Mai 2018 einen Vorschlag für eine gezielte Anpassung der Vorschriften zum geistigen Eigentum an Arzneimitteln vorgelegt, damit die europäische Pharmaindustrie rasch wachsende globale Märkte besser für sich erschließen könne. Dabei geht es um den Schutz von europäischem Know-how und den Erhalt der Innovationskapazität der Pharmaindustrie auf Weltniveau.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-arzneimittel\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180528-arzneimittel_de)



## 5. Finanzen

### 5.1. KOM: MFR post 2020 - Eigenmittel

Die KOM schlägt zudem neue Finanzierungsquellen durch eine Modernisierung und Erweiterung des bestehenden Eigenmittelsystems vor. Eigenmittel sollen etwa 12% des EU-Haushaltes finanzieren und bis zu 22 Mrd. EUR jährlich betragen. Konkret schlägt die KOM eine Vereinfachung der auf der Mehrwertsteuer basierenden Eigenmittel sowie eine Reihe neuer Eigenmittelquellen vor:

- Dem EU-Haushalt soll ein Anteil von 20% der Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem (ETS) zugewiesen werden. Hierdurch sollen Einnahmen i. H. v. ca. 3 Mrd. EUR jährlich erzielt werden.
- Aus der neuen gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) sollen schrittweise 3% dem EU-Haushalt zugeführt werden, wobei die KOM mit 12 Mrd. EUR jährlich rechnet.
- Ein nationaler Beitrag i. H. v. 0,80 EUR/kg bezogen auf die in jedem Mitgliedstaat anfallenden nicht wiederverwerteten Verpackungsabfälle aus Kunststoff soll eingeführt werden. Dadurch soll für die Mitgliedstaaten zudem ein Anreiz geschaffen werden, den Verpackungsmüll zu reduzieren. Die KOM erwartet hierdurch Einnahmen i. H. v. ca. 7 Mrd. EUR jährlich.

[https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:d7369bdc-4ed9-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:d7369bdc-4ed9-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF)

### 5.2. KOM: MFR post 2020 - Wirtschafts- und Währungsunion

Die KOM hat am 31. Mai 2018 ihre Vorschläge für die Wirtschafts- und Währungsunion vorgestellt, und zwar Entwürfe für eine Verordnung zur Aufstellung eines Reformhilfeprogramms und zur Schaffung einer Europäischen Investitionsstabilisierungsfunktion.

Das Reformhilfeprogramm hat ein Volumen von 25 Mrd. EUR (2021-2027) und verteilt sich auf drei Einzelinstrumente:

- (1) ein Reformumsetzungsinstrument mit 22 Mrd. EUR,
- (2) ein Instrument für technische Unterstützung im Umfang von 0,84 Mrd. EUR und
- (3) eine Konvergenzfazilität mit 2,16 Mrd. EUR.

Das Reformumsetzungsinstrument steht allen Mitgliedstaaten offen und soll Anreize für die Durchführung von Reformen bieten. Die Förderung soll für Strukturreformen gewährt werden, die zur Bewältigung von im Rahmen des Europäischen Semesters der wirtschaftspolitischen Koordinierung (einschl. der länderspezifischen Empfehlungen) ermittelten Herausfor-

derungen dienen. Dabei sieht der Entwurf Höchstbeträge für die einzelnen Mitgliedstaaten vor, wobei die Zuweisung der Mittel phasenweise erfolgen soll.

Das Instrument für technische Unterstützung steht Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung und Durchführung von Reformen und der Verbesserung ihrer Verwaltungskapazität offen.

Die Konvergenzfazilität dient der finanziellen und technischen Unterstützung von Mitgliedstaaten, die nachweislich Schritte zum Euro-Beitritt unternommen haben.

Die vorgeschlagene Europäische Investitionsstabilisierungsfunktion soll mit Darlehen im Umfang von bis 30 Mrd. EUR Ländern der Eurozone offenstehen, wenn sie einen „makroökonomischen Schock“ erfahren. Ziel ist es, die öffentliche Investitionstätigkeit in Fällen großer asymmetrischer Schocks zu stabilisieren, damit sich die Wirtschaft rasch wieder erholen kann. Der Vorschlag beinhaltet zudem einen Zinszuschuss aus einem neu zu schaffenden Stabilisierungsfonds, der die gesamten Zinskosten abdecken würde.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3972\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3972_de.htm)

[https://ec.europa.eu/commission/publications/economic-and-monetary-union-programmes\\_de](https://ec.europa.eu/commission/publications/economic-and-monetary-union-programmes_de)

### **5.3. KOM: Frühjahrsprognose 2018**

Am 3. Mai 2018 hat die KOM die Frühjahrsprognose 2018 veröffentlicht. Danach haben die Wachstumsraten für die EU und das EUR-Währungsgebiet 2017 die Erwartungen übertroffen und mit 2,4% den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht. Die KOM rechnet damit, dass sich dieser Trend 2018 fortsetzen und auch 2019 nur leicht nachlassen wird. Erwartet werden 2,3% und 2,0% sowohl für die EU als auch für das EUR-Währungsgebiet.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180503-fruehjahrsprognose-2018\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180503-fruehjahrsprognose-2018_de)

### **5.4. KOM: Entwicklungen im EU-Bankensektor**

Am 3. Mai 2018 wurde der jährliche Bericht der KOM über die Überprüfung der europäischen Finanzstabilität und -integration 2018 vorgelegt. Danach hat sich die Leistungsfähigkeit der europäischen Banken verbessert und ihre Widerstandsfähigkeit ist dank der Umstrukturierung der Bilanzen gestiegen. Dennoch sei die Branche nach wie vor durch enge Zinsmargen und die Rückstellungen, die die Banken für notleidende Kredite bilden müssen, herausgefordert.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180503-bankensektor\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180503-bankensektor_de)

## 5.5. KOM: Konvergenzbericht 2018

In dem Konvergenzbericht 2018, den die KOM am 23. Mai 2018 vorgelegt hat, bewertet sie die Situation in 7 Mitgliedstaaten, die derzeit nicht dem EUR-Währungsgebiet angehören und rechtlich verpflichtet sind, den EUR einzuführen. Das sind Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn. Dabei zeigte sich, dass diese Mitgliedstaaten in der Regel eine erhebliche nominale Konvergenz aufweisen, keines der Länder jedoch alle formalen Voraussetzungen für den Beitritt zum Euroraum erfüllt.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180523-kommission-fortschritte-mitgliedstaaten-auf-dem-weg-zum-euro\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180523-kommission-fortschritte-mitgliedstaaten-auf-dem-weg-zum-euro_de)

## 5.6. KOM: Nachhaltiges Finanzwesen

Die KOM hat am 24. Mai 2018 im Rahmen des Ausbaus der Kapitalmarktunion Vorschläge vorgelegt, um künftig mehr Investitionen in umweltfreundliche und sozialverträgliche Projekte zu fördern. Die KOM verspricht sich davon nicht nur ein stabileres Finanzsystem, sondern auch eine Kapitalzufuhr für erneuerbare Energien, nachhaltige Landnutzung und Städtebau. Dies soll durch die Festlegung von Kriterien ermöglicht werden, anhand derer bestimmt wird, ob eine wirtschaftliche Tätigkeit ökologisch nachhaltig ist. Dies ist Teil der Umsetzung des Klimaschutzübereinkommens von Paris.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3729\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3729_de.htm)

## 5.7. KOM: Entwurf des Haushaltes 2019

Kommissar Oettinger hat am 23. Mai 2018 im Haushaltsausschuss des EP den Entwurf für den Haushalt 2019 vorgestellt. Der Haushalt sieht ein Volumen von 165,6 Mrd. EUR an Verpflichtungs- und 148,7 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen vor. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Haushalt 2018 von 3,1% bei den Verpflichtungs- bzw. 2,7% bei den Zahlungsermächtigungen. Für diesen Haushalt gilt laut KOM die Prämisse, dass UK nach seinem Austritt am 30. März 2019 noch bis Ende 2020 denselben Beitrag wie ein Vollmitglied zum Unionshaushalt und zur Durchführung der EU-Haushaltspläne leisten wird.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180523-entwurf-eu-haushaltsplan-2019-wachstum-solidaritaet-sicherheit\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180523-entwurf-eu-haushaltsplan-2019-wachstum-solidaritaet-sicherheit_de)

## 5.8. KOM: Verbrauchsteuern auf Alkohol

Die KOM hat am 25. Mai 2018 vorgeschlagen, die 25 Jahre alten Vorschriften über Verbrauchsteuern auf Alkohol innerhalb der EU neu zu gestalten. Dadurch sollen kleine und handwerkliche Alkoholherstellende Zugang zu einem neuen EU-weiten Zertifizierungssystem

haben werden, das ihr Recht auf niedrigere Steuersätze in der gesamten EU bestätigt. Die Gesundheit der Verbrauchenden soll durch Vorgehen gegen die illegale Verwendung von steuerfreiem denaturiertem Alkohol, der für nachgeahmte Getränke verwendet wird, geschützt werden. Außerdem soll der Schwellenwert für Biere mit geringerem Alkoholgehalt, auf die möglicherweise ermäßigte Steuersätze erhoben werden, angehoben werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180525-kommission-regeln-verbrauchsteuern-auf-alkohol-aktualisieren\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180525-kommission-regeln-verbrauchsteuern-auf-alkohol-aktualisieren_de)

## **6. Wirtschaft und Energie**

### **6.1. KOM: MFR post 2020 - Globalisierungsfonds**

Die KOM hat am 29. Mai 2018 eine Novellierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung nach 2020 vorgeschlagen, damit er entlassenen Arbeitnehmerinnen und Arbeiternehmern wirksamer helfen kann. Derzeit erhalten diese nur dann eine Hilfe aus diesem Fonds, wenn sie ihren Arbeitsplatz aufgrund sich ändernder Handelsmuster oder im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise verloren haben. Gemäß dem KOM-Vorschlag können nun auch andere Gründe, wie bspw. Automatisierung oder Digitalisierung für eine etwaige Förderung angeführt werden. Weitere Neuerungen: schon ab einer Zahl von 250 entlassenen Arbeitnehmenden (bisher 500) kann eine Förderung beantragt werden; der bisherige Kofinanzierungssatz von 60% wird an die für den betreffenden Mitgliedstaat geltenden höchsten Kofinanzierungssätze des ESF+ angepasst das Bereitstellungsverfahren soll vereinfacht und beschleunigt werden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3923\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3923_de.htm)

### **6.2. KOM: Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft**

Die KOM hat am 18. Mai 2018 den Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2018 vorgelegt, mit dem die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Internetanbindung, der Verwendung digitaler Kompetenzen im Internet, der Digitalisierung der Unternehmen und digitalen öffentlichen Diensten beobachtet werden. Im Ergebnis hat die EU ihre digitale Leistungsfähigkeit weiter gesteigert und das Gefälle zwischen den am stärksten und den am wenigsten entwickelten digitalen Ländern weiter abgebaut. Die Internetanbindung hat sich zwar gegenüber dem Vorjahr verbessert, wird aber dem raschen Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht gerecht. Die Zahl der Verträge für Mobilfunk-Datendienste ist seit 2013 um 57% gestiegen. Auch verfügt die EU über mehr IT-Fachkräfte als früher, gleichwohl fehlt es immer noch an Kompetenzen. Auch der digitale Geschäftsverkehr nimmt zu und die Bürgerinnen und Bürger nehmen zunehmend Behördendienste online in Anspruch.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3742\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3742_de.htm)

### **6.3. Rat: Kreislaufwirtschaft - Abfallentsorgung**

Der Rat hat am 22. Mai 2018 Maßnahmen verabschiedet, um die EU-Abfallvorschriften fit für die Zukunft zu machen und der EU eine globale Vorreiterrolle in der Abfallbewirtschaftung und beim Recycling zu sichern. Die Vorschriften sind Teil des Pakets zur „Kreislaufwirtschaft“, das die KOM bereits in 2015 vorgelegt hatte. Sie zielen auf eine höhere Abfallvermeidung, vermehrtes Recycling von Siedlungs- und Verpackungsabfällen sowie auf eine verstärkte Nutzung von wirtschaftlichen Instrumenten zur Förderung der Herstellerverantwortung ab.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3846\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3846_de.htm)

### **6.4. KOM: US-Handelsbeschränkungen für Stahl und Aluminium**

Nach der Ankündigung der USA, zum 1. Juni 2018 zusätzliche Zölle in Höhe von 25% bzw. 10 % auf die Einfuhren von Stahl und Aluminium aus der EU zu erheben, hat die EU am 29. Mai 2018 beschlossen, bei der Welthandelsorganisation (WTO) rechtliche Schritte dagegen einzuleiten. Die Maßnahmen der USA betreffen EU-Ausfuhren, die 2017 einen Wert von 6,4 Mrd. EUR erreichten. Die EU will ihrerseits auf eine Liste von US-Produkten zusätzliche Zölle verhängen. Diese Liste wurde nach Konsultation mit den europäischen Interessenvertretern festgelegt und findet die Unterstützung der Mitgliedstaaten.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-4006\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4006_de.htm)

## **7. Wissenschaft, Forschung und Kultur**

### **7.1. KOM: MFR post 2020 - Programm Kreatives Europa**

Die KOM hat am 30. Mai 2018 vorgeschlagen, die Mittel für das Programm Kreatives Europa auf 1,85 Mrd. EUR im nächsten langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 aufzustocken. Der Vorschlag sieht drei Aktionsbereiche vor: MEDIA (zur Unterstützung der Filmbranche und anderer Bereiche der audiovisuellen Industrie), Kultur und einen sektorübergreifenden Aktionsbereich (u. a. zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen). Die länderübergreifende politische Zusammenarbeit in der EU, eine pluralistische Medienlandschaft, Qualitätsjournalismus und der Erwerb von Medienkompetenz sollen unterstützt werden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3950\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3950_de.htm)

[https://ec.europa.eu/commission/publications/investing-people\\_en](https://ec.europa.eu/commission/publications/investing-people_en)

## **7.2. KOM: MFR post 2020 - Erasmus-Programmorschlag**

Die KOM hat am 30. Mai 2018 ihren Vorschlag für das Programm „Erasmus“ vorgelegt. Das derzeitige Budget soll auf 30 Mrd. EUR verdoppelt und der Geltungsbereich ausgeweitet werden. Dadurch sollen bis zu 12 Mio. Menschen von dem Programm profitieren (= 3 x mehr als bisher). Zu den Zielgruppen gehören Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende, Lehrkräfte, Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, Sporttrainerinnen und -trainer, aber auch Lernende in der beruflichen Bildung sowie Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung (z. B. Teilnehmende an Erasmus Pro). Der Zugang zum Erasmus-Programm soll vereinfacht werden und damit insb. auch Menschen aus benachteiligten Verhältnissen ansprechen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3948\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3948_de.htm)

## **7.3. KOM: SPSG-Projekt erhält Kulturerbejahr-Förderung**

Die KOM hat am 25. Mai 2018 insg. 29 länderübergreifende Kulturprojekte ausgewählt, die im Rahmen des Kulturerbejahres unterstützt werden. Darunter ist das Projekt „Zu Tisch!“, an dem die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) gemeinsam mit der Association des Résidences Royales (ARRE) und dem Verein Schlösser und Gärten Deutschland e. V. beteiligt ist. Das Projekt zum Kulturerbejahr legt den Fokus auf die Esskultur und kulinarische Traditionen an Europäischen Höfen. Für die länderübergreifenden 29 Projekte werden insgesamt 5 Mio. EUR aus dem EU-Programm „Kreatives Europa“ bereitgestellt.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3901\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3901_de.htm)

<http://europa.eu/cultural-heritage/>

## **7.4. KOM: Winzerberg Potsdam - EU-Preis für das Kulturerbe**

Das Projekt Winzerberg Potsdam ist einer der Gewinner des diesjährigen Europa Nostra Awards zum Kulturerbe. Von der KOM und Europa Nostra, dem Netzwerk für Kulturerbe, wurden am 15. Mai 2018 insg. 29 Stätten und Projekte aus 17 Ländern für ihre herausragenden Leistungen in den Bereichen Denkmalschutz, Forschung, ehrenamtliches Engagement, Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung als Gewinner benannt.

[https://ec.europa.eu/germany/news/kulturerbe20180515\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/kulturerbe20180515_de)

<http://www.winzerberg-potsdam.de/>



## **8. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

### **8.1. KOM: MFR post 2020 - Bereich Soziales**

Die KOM hat am 30. Mai 2018 ihre sektorspezifischen Vorschläge für die sog. „Programme für sozialen Zusammenhalt und europäische Werte“ veröffentlicht - von Bedeutung sind hier insb. die Vorschläge zum neuen Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) sowie den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Im ESF+ werden der bisherige ESF, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) sowie das EU-Gesundheitsprogramm verschmolzen. Das übergeordnete politische Ziel des neuen ESF+ besteht darin, zu einem sozialen Europa beizutragen und die „Europäische Säule sozialer Rechte“ umzusetzen. Vorgeschlagen wird ein Budget von 101,2 Mrd. EUR zu jeweiligen Preisen für den gesamten Zeitraum bis 2027. Das spezifische Ziel des EGF besteht darin, Unterstützung bei unerwarteten größeren Umstrukturierungsmaßnahmen anzubieten, v. a. solchen, die durch globalisierungsbedingte Herausforderungen verursacht werden. Der überarbeitete EGF hat das Ziel, entlassenen Arbeitnehmenden wirksamer helfen zu können. Der Etat des EGF soll 1,6 Mrd. € zu jeweiligen Preisen betragen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3923\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3923_de.htm)

[https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-european-social-fund-plus-regulation\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-european-social-fund-plus-regulation_de.pdf)

[https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-esf-egf-swd\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/budget-may2018-esf-egf-swd_en.pdf)

[https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:26b02a36-6376-11e8-ab9c-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:26b02a36-6376-11e8-ab9c-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF)

### **8.2. KOM: MFR post 2020 - Bereich Gesundheit**

Die KOM hat am 30.05.2018 den Vorschlag für eine Verordnung ESF+ vorgelegt, in dem auch das bisherige EU-Gesundheitsprogramm verschmolzen werden soll. Die Komponente „Gesundheit“ des ESF+ soll mit 413 Mio. EUR ausgestattet werden und für folgende Bereiche Unterstützung bieten: Schutz der Bürger vor grenzübergreifenden Gesundheitsbedrohungen, Stärkung der Gesundheitssysteme unter anderem durch Investitionen in Gesundheitsförderung und Prävention sowie Digitalisierung, Unterstützung bei der Umsetzung von EU-Vorschriften im Gesundheitsbereich sowie Unterstützung der Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Daneben soll der MFR post 2020 noch weitere sektorenspezifische Ausgabenprogramme enthalten, die Bezüge zum Gesundheitsbereich haben; wie der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie die Programme Horizont Europa und Digitales Europa.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3923\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3923_de.htm)

### **8.3. KOM: Bericht über Kinderbetreuung für unter 3-Jährige**

Die KOM hat am 8. Mai 2018 ihren Bericht zum Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder in Europa vorgelegt. Danach hat sich in Deutschland die Betreuung der unter 3-jährigen von 24% im Jahr 2011 auf 32,6% im Jahr 2016 erhöht. Damit gehört Deutschland zu den 12 Mitgliedstaaten, die 2016 das Kinderbetreuungsziel für 33% der Kinder im Alter von bis zu 3 Jahren erfüllt haben.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180508-kinderbetreuung\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180508-kinderbetreuung_de)

### **8.4. KOM: Europäische Betriebsräte**

Am 14. Mai 2018 hat die KOM eine Evaluierung der Gesetzgebung zur Einsetzung Europäischer Betriebsräte veröffentlicht. Europäische Betriebsräte sind Gremien, in denen die europäischen Mitarbeiter in länderübergreifenden Unternehmen vertreten sind. Aus dem Bericht geht hervor, dass alle Interessenvertreter, einschließlich nationaler Behörden und Sozialpartner, die Regelungen der Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten aus dem Jahr 2009 für wirkungsvoll halten und der Ansicht sind, dass sie einen wichtigen Beitrag für den länderübergreifenden sozialen Dialog in Unternehmen leisten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180514-betriebsrat\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180514-betriebsrat_de)

### **8.5. EP: Entsenderichtlinie**

Das EP hat die im März erzielte politische Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am 29. Mai 2018 bestätigt. Damit kann der Vorschlag der KOM für gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Ort und mehr Rechtssicherheit für in ein anderes EU-Land entsendete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für Arbeitgebende europaweit gültig werden. Im Laufe der vergangenen 20 Jahre hat sich die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage in der Europäischen Union jedoch stark verändert und eine Überarbeitung der derzeitigen Bestimmungen von 1996 erforderlich gemacht. Nachdem die Richtlinie in Kraft getreten ist, haben die Mitgliedstaaten 2 Jahre Zeit, um diese in nationales Recht umzusetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180524IPR04230/entsenderichtlinie-gleicher-lohn-fur-gleiche-arbeit-am-gleichen-ortb>

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180529-entsenderichtlinie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180529-entsenderichtlinie_de)

## **9. Infrastruktur und Landesplanung**

### **9.1. EP: Regelung gegen Tacho-Betrug**

Das EP forderte am 31. Mai 2018 die KOM auf, innerhalb von 12 Monaten Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um die Manipulation von Kilometerzählern wirksamer zu bekämpfen. Die Stände der Kilometerzähler sollten obligatorisch bei jeder Inspektion, Instandhaltung, Wartung und Reparatur und bei anderen Werkstattbesuchen erfasst werden, angefangen mit der Erstzulassung des Fahrzeugs. Außerdem sollte Tacho-Betrug unter Strafe gestellt werden. Dies sei bisher erst in 6 Mitgliedstaaten der Fall. Nationale Kilometerzählerdatenbanken sollen den grenzüberschreitendem Datenaustausch ermöglichen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180524IPR04221/gebrauchtwagen-abgeordnete-fordern-eu-massnahmen-gegen-tacho-betrug>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0235+0+DOC+PDF+V0//DE>

### **9.2. KOM: Drittes Mobilitätspaket**

Am 17. Mai 2018 hat die KOM das letzte von insg. drei Mobilitätspaketen vorgelegt. Es umfasst Maßnahmen (legislativer und nicht-legislativer Art) im Bereich der Verkehrssicherheit, der vernetzten und automatisierten Mobilität, über CO2-Emissionsnormen für Lastkraftwagen, zur Kennzeichnung von Reifen und einer gemeinsamen Methode für den Preisvergleich von Kraftstoffen, einen strategischen Aktionsplan für Batterien, Gesetzgebungsvorschläge zur Schaffung eines digitalen Umfelds für den Informationsaustausch im Verkehrsbereich sowie eine Gesetzgebungsinitiative zur Straffung von Genehmigungsverfahren für Projekte im Kernnetz des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V).

[https://ec.europa.eu/transport/modes/road/news/2018-05-17-europe-on-the-move-3\\_de](https://ec.europa.eu/transport/modes/road/news/2018-05-17-europe-on-the-move-3_de)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3708\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3708_de.htm)

### **9.3. KOM: DiscoverEU-Initiative - Mit InterRail durch Europa**

Ab sofort können über das European Youth Portal Informationen zu den 15.000 kostenlosen Interrail-Tickets eingesehen werden, die im Rahmen der für 18-jährige vergeben werden. Die erste Bewerbungsrunde für diese Tickets startet am 12. Juni um 12:00 Uhr und endet am 26. Juni, ebenfalls um 12:00 Uhr. Bewerberinnen und Bewerber müssen 18 Jahre alt sein am 1. Juli 2018, Staatsangehörige eines EU-Mitgliedlands und bereit, ihre Reise zwischen dem 9. Juli und 30. September 2018 anzutreten.

[https://europa.eu/youth/discovereu\\_en](https://europa.eu/youth/discovereu_en)

<https://www.facebook.com/EuropeanYouthEU>

<https://twitter.com/EuropeanYouthEU>

## **10. Verschiedenes**

### **10.1. KOM: Online-Konsultation zur Zukunft Europas**

Die KOM hat am 9. Mai 2018 eine Konsultation gestartet, an der sich alle Europäerinnen und Europäer beteiligen und bis zu ihrer Meinung sagen können, welchen Weg Europa künftig einschlagen soll. Die Konsultation läuft bis zum EU-Gipfel am 9. Mai 2019 in Hermannstadt, Rumänien.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180509-konsultation-zukunft-europas\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180509-konsultation-zukunft-europas_de)

### **10.2. KOM: Start der Kampagne #EUandME**

Am 9. Mai 2018 ist die neue #EUandME Kampagne der KOM gestartet. Die Kampagne soll auf die Errungenschaften der EU für unser tägliches Leben aufmerksam machen, da sich viele EU-Bürgerinnen und Bürger – so die KOM - des vollen Umfangs der Rechte und Vorteile, die sie in der EU genießen, nicht bewusst sind. Fünf Filme zeigen, wie die EU die Menschen unterstützt und es ihnen ermöglicht, ihren Ambitionen und Leidenschaften nachzugehen.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20180509-euandme\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20180509-euandme_de)

### **10.3. EP: Eurobarometer-Umfrage**

Nach der Eurobarometer-Umfrage, die am 23. Mai 2018 veröffentlicht wurde, geben 2/3 der EU-Bürgerinnen und -Bürger an, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat, und 60% halten die EU-Mitgliedschaft für sinnvoll (der beste Wert seit 2007) – in Deutschland sind es 79%. Zudem zeigt die Hälfte der Europäerinnen und Europäer Interesse an der EU-Wahl.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20180522STO04020/eurobarometer-umfrage-hochste-unterstutzung-fur-die-eu-seit-35-jahren>

### **10.4. Wahlen zum EP vom 23. bis 26. Mai 2019**

Der Rat der EU hat als Zeitpunkt für die nächsten Wahlen zum EP den 23. bis 26. Mai 2019 festgelegt.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/05/22/european-parliament-election-dates-council-confirms-23-to-26-may-2019/pdf>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180522IPR04025/ein-jahr-vor-der-europawahl-entscheidung-uber-die-zukunft-der-eu>

### III. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im Mai eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: [https://ec.europa.eu/info/consultations\\_de](https://ec.europa.eu/info/consultations_de).

- [Studie zur Unterstützung der Bewertung des Gebührensystems der Europäischen Arzneimittel-Agentur](#)  
Schwerpunkt: Öffentliches Gesundheitswesen  
Zeitraum: 2. Mai 2018 – 2. August 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)  
Schwerpunkt: Beschäftigung und Soziales  
Zeitraum: 2. Mai 2018 – 31. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)  
Schwerpunkt: Umwelt, Klimaschutz  
Zeitraum: 3. Mai 2018 – 26. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU](#)  
Schwerpunkt: Umwelt  
Zeitraum: 8. Mai 2018 – 31. Juli 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)  
Schwerpunkt: Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen  
Zeitraum: 18. Mai 2018 – 10. August 2018
- [Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)  
Schwerpunkt: Öffentliches Gesundheitswesen, Steuern  
Zeitraum: 23. Mai 2018 – 3. September 2018
- [Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)  
Schwerpunkt: Maritime Angelegenheiten und Fischerei  
Zeitraum: 28. Mai 2018 – 3. September 2018



## IV. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

**Dr. Marcus Wenig – Leiter** Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

**N. N. – stellvertretende/r Leiter/in** Tel.: 0032 2 737 74 31

(Justiz, Verbraucherschutz)

**Birgit Urban** Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

**Marion Maurer** Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

**Jens Hammerschmidt** Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

**Christina Schlawe** Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

**Claudia A. Lehmann** Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

**Peggy Navarro** Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

**Fritz Lehmann** Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

### Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU Telefon: 0032 2 737 74 51

Rue Joseph II / Jozef II straat 108

Fax: 0032 2 737 74 69

B- 1000 Brüssel

E-Mail: [poststelle@eulv.brandenburg.de](mailto:poststelle@eulv.brandenburg.de)

Web: [www.eulv.brandenburg.de](http://www.eulv.brandenburg.de)